

Ziviler Ungehorsam in präfaschistischen Zeiten

*Italien ist lange nicht mehr so zerrissen gewesen wie seit der Machtergreifung der rechten Regierung im Sommer 2018. Während sich ziviler Ungehorsam breit macht rutscht das Land gleichzeitig in eine präfaschistische Zeit, in der die Rechte aller beschnitten werden, nicht nur die der Migrant*innen und Geflüchteten.*

„Der 27. November 2018 wird als der schwarze Dienstag der Italienischen Republik in Erinnerung bleiben, weil das Parlament das Sicherheitsdekret in Kraft gesetzt hat, das in klarem Widerspruch zu den Prinzipien unserer Verfassung steht. Dies geschah ohne eine parlamentarische Debatte... Das ist ein schlechtes Zeichen für unsere Demokratie!“

So die [einleitenden Worte Padre Alex Zanotellis](#) für einen Aufruf im Dezember 2018 zum zivilen Ungehorsam in Italien. Zanotelli ist Priester des katholischen Ordens der Combonianer und seit jeher ein streitbarer Geist für Demokratie und Menschenrechte.

*„Das Sicherheitsdekret ist auch für Italiener*innen ein repressives Gesetz. So werden zum Beispiel Straßen- oder Eisenbahnblockaden (eine aktive gewaltfreie Strategie) zum Straftatbestand. Versammlungen von Personen (ein grundlegendes Element der Demokratie) können verboten werden ... Ist dies vielleicht der Beginn eines Polizeistaates, der vom starken Mann gesteuert wird?“*

Mit allen Mitteln ist die Regierung Conte mit ihrem Innenminister Salvini von der rechtsgerichteten LEGA und den Kolleg*innen der Fünf-Sterne-Bewegung darum bemüht, menschenwürdiges Handeln und bewussten Einsatz für Inklusion und Demokratie zu unterlaufen. Ganz klar gesagt werden muss dabei jedoch auch: den Weg geebnet hat die vorhergehende demokratische Regierung, so wie viele massiv die Rechte von Migrant*innen einschneidende Entscheidung (wie z.B. die Einführung der Abschiebungshaft) von linksliberalen Regierungen getroffen wurde. Es würde hier zu weit führen, all die schändlichen Versuche aufzuzählen, Fakt ist jedoch, dass ein Großteil der Bevölkerung dieser Trump-ähnlichen [Politik der Fake News](#) auf den Leim geht. Das zeigt sich in [aktuellen Umfragen](#): repräsentativ wurden 1.500 Italiener*innen befragt, 55 % gaben an, mit der Regierung Contes einverstanden zu sein. Die Akzeptanz der beiden Parteien Lega und Fünf-Sterne-Bewegung liegt bei knapp 60%.

Gibt es also überhaupt einen Widerstand in einem Italien, welches noch gar nicht verstanden hat, dass der omnipräsente Innenminister (der sich zu allen Themen äußert) alles auf das heikle Thema Migration konzentriert, um von den sonstigen enormen Schwächen dieser Regierung abzulenken?

#apriteiporti – Öffnet die Häfen

Seit 2017 wird die zivile Seenotrettung in Italien immer wieder kriminalisiert. Staatsanwält*innen, Innenminister, Verkehrsminister – alle versuchen, die NGO-Schiffe von der Rettung abzuhalten. Als Vorwand gilt, man wolle den Menschenhändlern in Libyen das Handwerk legen. Fakt ist: mit jeder/m nach Libyen zurückgeschickten Geflüchteten [wird das Geschäft weiter angekurbelt](#), da die Betroffenen dort erneut gefangengesetzt, verkauft, verklavt, erpresst und misshandelt werden. Seit dem Antritt Salvinis als Innenminister im Juni 2018 sind die italienischen Häfen faktisch geschlossen, auch wenn es [dafür keinerlei rechtliche Grundlage](#) gibt. Das führte auch schon im letzten Sommer zu langen Tauziehen um die Zuweisung von Häfen für die Rettungsschiffe. Doch es formierte sich immer mehr Protest, auch auf kommunaler Ebene: Die Bürgermeister verschiedener süditalienischer Städte, darunter auch Neapel, Messina und Palermo, erklärten sich solidarisch und bekundeten ihre Bereitschaft, die Geretteten aufzunehmen. Landesweit fanden spontane Kundgebungen statt. Gut Tausend Menschen [demonstrierten auch in Palermo für die Öffnung der Häfen](#) und gegen die Abschottungspolitik Salvinis. In [Palermo](#) kommt es auch zu ersten Treffen von kommunalen Vertreter*innen und Menschen, die sich für Bewegungsfreiheit und Aufnahme Geretteter einsetzen. Die Kampagne #apriteiporti breitet sich im [ganzen Land](#) aus. Ende Juni nahm sogar die bekannte amerikanische Band [Pearl Jam](#) das Thema auf ihrem Tourkonzert in Rom auf und ließ vor mehr als 50.000 Zuschauer*innen im Hintergrund auf der Bühne groß die Hashtags und Logos von #apriteiporti #saveisnotacrine erstrahlen.

Eine Einbindung der Bevölkerung, die im Alltag eher wenig mit dem Thema zivile Seenotrettung zu tun hat, gelang am 14. Juli, dem wichtigsten Feiertag der sizilianischen Hauptstadt Palermo: Santa Rosalia, das Fest

der Stadtheiligen, zu dessen Umzug gut und gern 400.000 Menschen zusammenkommen. „[Santa Rosalia aprici i porti](#) – „Santa Rosalia öffne uns die Häfen“ war von vielen Balkonen auf Laken geschrieben zu lesen. Viele Teilnehmende kamen mit roten T-Shirts bekleidet, einem Zeichen der Ablehnung der salvinischen Politik im Sommer 2018.

Der Fall der Diciotti - #restiamo umani

Ende August 2018 legte das Schiff „Diciotti“ der italienischen Küstenwachen nach einer tagelangen Odyssee im Hafen von Catania an. Doch auch hier durften die 177 noch an Bord befindlichen Geflüchteten das Schiff nicht verlassen. Vom 16. bis zum 25. August blieben sie Gefangene an Bord. Mit der Verweigerung der Anlandung für eine Küstenwachtschiff zeigte Salvini endgültig, dass er die Hafenschließung vehement verteidigt. Doch der sich daraufhin in Catania [formierende Protest der Bevölkerung](#), die über Tage ein dauerhaftes sit-in im Hafengelände aufrecht erhielt, zeigte, dass diese Politik nicht mehr kritiklos hingenommen werden. #restiamoumani – bleiben wir menschlich - hieß die Parole. Neben rechtlichen Schritten, die nicht nur von antirassistischen Gruppen und Organisationen, sondern auch vom Staatsanwalt von Agrigento gegen Salvini eingeleitet wurden, befanden sich Dutzende von Menschen rund um die Uhr am Hafen. Schließlich musste Salvini klein begeben. Das Ministerialgericht (zuständig für Klagen gegen Regierungsvertreter*innen) an das sich der Staatsanwalt gewandt hatte, kündigte im Januar 2019 an, die Klage gegen den Innenminister im Fall Diciotti führen zu wollen. Das hat in der Regierung zu großen Diskussionen geführt, da der [Senat der Anfrage zustimmen](#) muss. Rechte Teile der Regierung lehnen das Verfahren ab, da Salvini – wie er auch selber sagt – im Namen der Sicherheit und im Interesses des Staates gehandelt habe. Verfassungsrechtler*innen hingegen sehen in der Ablehnung eines Verfahrens eine deutliche Verbindung zu Entscheidungen in der [faschistischen Ära Mussolinis](#): somit wäre ein Minister, der zur Erreichung seines (persönlichen) politischen Zieles z.B. einen Mord anordnet, nicht strafbar.

Mediterranea – eine zivilgesellschaftliche Plattform des Widerstandes

„Wir segeln auf dem Meer mit dem Bewusstsein, dass wir dort sind, wo wir nicht sein wollen, denn es sollte keine Menschen geben, die gezwungen sind, zu Schiffbrüchigen oder zu Rettern zu werden.“ Die wahre Sicherheit sei die der Rechte. So wurde [am 4. Oktober 2018 die neue Mission Mediterranea](#) mit ihrem Schiff MARE IONIO in Rom vorgestellt. Diese wird von Einzelpersonen, Politiker*innen, Künstler*innen, Schriftsteller*innen und Organisationen wie dem landesweiten Arci, Ya Basta aus Bologna, der Sea-Watch, Pro Activa Open Arms, dem Online Magazin I Diavoli, sozialen Unternehmen wie dem Moltivolti aus Palermo und vielen anderen unterstützt und betrieben. Ein Novum: das Schiff fährt unter italienischer Flagge. Mediterranea ist eher eine zivilgesellschaftliche Plattform denn eine Rettungs-NGO. Das unterscheidet sie grundlegend von Organisationen wie SOS Méditerranée oder Sea-Watch, die als kleine Gruppe eine Seenotrettung-NGO gegründet und dann die Unterstützung in der Bevölkerung gesucht haben. 700.000 Euro mussten für die MARE IONIO vorfinanziert werden, mehr als 500.000 Euro sind durch Spenden – die größte Einzelspende betrug 10.000 Euro – in den vergangenen vier Monaten eingegangen.

„Sollten wir erwarten, dass Salvini auch für uns den Hafen sperrt? Wir sind ein italienisches Schiff, mit einer italienischen Flagge. Darauf werden sie dann antworten müssen. Wenn sie uns daran hindern, Geflüchtete an Land zu bringen werden wir nicht stillhalten, sondern sehr laut werden“, [so Erasmo Palazotto von der linken Partei LeU](#) (Freie und Liberale), der sich beim ersten Einsatz an Bord befand.

Doch Salvini [reagierte natürlich sofort](#) auf die bittere Pille Mediterranea: *„Ein Schiff voller heruntergekommener Typen aus den sozialen Zentren, die rausfahren, um drei Seehechte zu fangen“,* wütet er im Radio. Natürlich sei seine Antwort dann Nein: *„Macht was ihr wollt, nehmt ein Tretboot, ich bin ein Demokrat [sic!]... Sie können hinfahren wohin sie wollen, nach Italien kommen die sozialen Zentren jedenfalls nicht.“* Mediterranea hat sich mit der Organisation Pro Activa Open Arms aus Spanien und der Sea-Watch aus Deutschland zu United4 Med zusammengeschlossen.

Die Plattform ist auf jeden Fall eine spannende Herausforderung für die rechte Regierung und eine auf breiter Ebene unterstützte Mission für unsere fundamentalen Rechte.

Wir sind alle illegal – Freiheit für Mimmo

Auch im Fall Riace gab es letztes Jahr eine breite landesweite Bewegung, die gegen die Entscheidungen des Innenministeriums demonstrierte: Domenico „Mimmo“ Lucano, ehemaliger Bürgermeister der kleinen kalabrischen Kommune Riace, wurde im Herbst von der Polizei unter diversen Vorwänden unter Hausarrest gestellt. Seit Jahren leitete er eines der wenigen Projekte, die tatsächlich eine Inklusion der Migrant*innen anstrebte: die kleine Stadt in den kalabrischen Bergen war faktisch tot, die meisten Bewohner*innen hatten sie verlassen. Lucano siedelte hier in einem Projekt Geflüchtete an. Sie betrieben eigene kleine Geschäfte und hauchten dem Städtchen wieder Leben ein. Salvini war dieses Projekt immer ein Dorn im Auge. [Mindestens 5.000 Menschen](#) kamen zur Demonstration am 6. Oktober nach Riace, weitere folgten landesweit. *„Von Katholik*innen über soziale Zentren, von Gewerkschaften über Musiker*innen: die Demonstration in Reggio Calabria in Solidarität mit Mimmo Lucano gegen die Maßnahmen des Innenministeriums“* schrieb die [Tageszeitung La Repubblica](#) am 16. Oktober.

„Verschieden aber unzertrennlich“

Am 7. November verabschiedete der Senat in einer Vertrauensabstimmung das Migrations- und Sicherheitsdekret endgültig als Gesetz. Die Vertrauensfrage gilt als politisches Instrument der Erpressung. Es wurde bisher von allen Regierungen missbraucht, um jegliche Möglichkeit der Opposition zu verhindern. Viele Gruppen riefen für den 10. November zu einer Kundgebung in Rom auf. *„Sie sollte zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung gegen das Sicherheitsgesetz ist. Der große Zuspruch für die Kundgebung war selbst für die Organisationen überraschend“*, berichtete [Peppe Platania für die NGO Borderline Sicilia](#) über die Demonstration.

Zwei Kilometer lang war der Zug, rund einhunderttausend Personen nahmen teil. Über 450 Organisationen hatten aufgerufen. Gewerkschaften, Vereine, Bewegungen, NGOs, Soziale Zentren, Parteien, einzelne Bürger*innen und vor allem hunderte Migrant*innen zogen mit dem Slogan „Verschieden aber unzertrennlich“ durch die Straßen Roms. *„Die Teilnehmerzahl erschreckte die Regierung. (Sie setzte eine übertriebene hohe Zahl an Polizeipersonal ein und ließ Kontrollposten bei jeder Autobahnausfahrt errichten, um die Ankunft der Kundgebungsteilnehmer*innen in Bussen zu verzögern. Die Ordnungskräfte führten, mittels Videoaufnahmen der Teilnehmer*innen und flächendeckender Personendurchsuchungen Kontrollen durch. Doch der Versuch, die Kundgebung auf diese Art zu stoppen oder die Teilnehmer*innenzahl zu reduzieren schlug fehl. Die Kontrollen verzögerten lediglich den Start des Protestmarsches“*, so Platania. Mimmo Lucano, der zu der Zeit immer noch unter Hausarrest stand, führte den Demonstrationenzug an. Auffällig war, dass trotz der großen Beteiligung kaum italienische, sondern nur ausländische Fernsehanstalten und Journalist*innen präsent waren.

Der italienische Widerstand endet nicht mit der großen Demonstration in Rom im letzten November. Eine weitere folgte im Dezember, immer wieder gibt es kleinere Protestaktionen in vielen Städten, in Sizilien gründet sich ein [inselübergreifendes antirassistisches Netzwerk](#).

Anfang Januar widersetzen sich dann auch diverse Kommunen und Landesregierungen dem neuen Sicherheitsgesetz Salvinis und dessen Umsetzung. Sardinien, Toskana, Umbrien und Piemont haben inzwischen [Klage](#) gegen das Gesetz beim Verfassungsgericht eingereicht. Am [4. Januar demonstrierten Hunderte von Menschen](#) in Palermo, um Bürgermeister Orlando zu unterstützen, der die in seiner Entscheidungsgewalt liegenden Maßnahmen wie z.B. keine Wohnsitzerteilung für Asylsuchende nicht umsetzen will. Doch an diesem Tag galt es nicht nur Orlando zu unterstützen. Mediterranea machte auch auf den Umstand aufmerksam, dass die Sea-Watch seit zwei Wochen auf die Zuweisung eines Hafens für zwei Wochen zuvor von ihr Gerettete wartete: *„Die Logik der geschlossenen Häfen produziert wie das Sicherheitsdekret eine starke Verunsicherung, Desaster, Schmerz, Wut und Tote, aber auch die Empörung der Zivilgesellschaft. Wir müssen ein starkes Netz des zivilen Ungehorsams aufbauen“*, so Luca Casarini. Einen sehr schönen Beitrag zu zivilem Ungehorsam leisteten im Dezember auch die Bürger*innen von Neapel, die sich dem Aufruf ihres Bürgermeisters anschlossen, die Geretteten der Sea-Watch aufzunehmen und die dieses [Video](#) veröffentlichten.

Ebenso groß ist der Widerstand im sizilianischen Syrakus und Catania, als die Sea-Watch Ende Januar erneut die sich an Bord befindenden 47 Geretteten nicht an Land bringen durfte, da Salvini vehement gegen eine

Öffnung der Häfen ist. [Weiße Laken](#) hängen von den Balkons Syrakus', der Stadt des Tyrannen Dionysos'. Der Chor des Nationalen Instituts für Antike Dramen [INDA singt](#) spontan für die Freilassung und gründet [ein Netzwerk](#).

Der zivile Ungehorsam nimmt Formen an. Unter dem [hashtag #facciamoliscendere](#) – lassen wir sie an Land bringen – kommen diverse Gruppen und Vereine zusammen, um der Hass und Rassismus fördernden Haltung der Regierung etwas entgegen zu setzen.

Aus kleinen einzelnen Gruppen entstehen im ganzen Land Verbindungen, die hoffentlich die Kraft entwickeln, als Netzwerke auch weiterhin zivilen Widerstand zu leisten. Doch machen wir uns nichts vor, Salvinis Politik der Angst und der Beförderung der Vorurteile, sein Sarkasmus und seine medienwirksamen Strategien kommt bei vielen Menschen gut an. Mag der zivile Widerstand auch wachsen, xenophobe Haltungen und Handlungen nehmen ebenso zu. Die Regierung hat es geschafft, diese salonfähig zu machen. Mehr als drei Millionen „likes“ auf facebook für Salvini während [150 Männer Frauen und Kinder](#) zeitgleich an einem der kältesten Tage im Januar als Folge des Sicherheitsgesetzes aus einem Aufnahmezentrum bei Rom auf die Straße gesetzt werden. Und nicht nur die „Likes“ sind ein Problem, sondern auch die stetig steigende Gewaltbereitschaft, angeheizt von eben diesen Posts. Fabrizio Gatti von der Wochenzeitung Espresso bringt es auf den Punkt: *„Die Bedrohung heute ist das Publikum der Lega von drei Millionen und vierhunderttausend Italiener*innen, die nicht mehr denken. Auch wenn ihr Idol von den fünf Millionen Landsleuten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten spricht: Er ist der Führer einer Partei, der den italienischen Staat um 49 Millionen betrogen und noch nicht zurückgegeben hat. Und nach (der Räumung) Castelnuovos wird das Asylzentrum von Mineo in der Provinz Catania und andere Zentren an der Reihe sein. Wir brauchen Chaos. Die Propagandamaschine braucht Spannung: damit man den großen Diebstahl vergisst.“* Die Hasskommentare werden nicht einmal auf der offiziellen Seite des Innenministeriums gelöscht. Eine rechte, hier und da klar faschistische, Renaissance überrollt derzeit ganz Europa. Italien ist da keine Ausnahme. Wir können nur hoffen, dass wir es dieses Mal schaffen, dem etwas entgegenzusetzen.

Palermo, 03. Februar 2019 - Judith Gleitze, borderline-europe